

BKK Dachverband e.V. ✦ Mauerstraße 85 ✦ 10117 Berlin

An die Mitglieder des Aufsichtsrates
An die Vorstände der Mitgliedskassen
des BKK Dachverbandes e.V.
An die Vorstände der BKK Landesverbände

BKK Dachverband e.V.

Mauerstraße 85
10117 Berlin

Franz Knieps
Vorstand

TEL (030) 2700406-100
franz.knieps@bkk-dv.de
www.bkk-dachverband.de

13. Februar 2020

Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute hat der Deutsche Bundestag das Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung („Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz“, GKV-FKG) in zweiter und dritter Lesung beraten und verabschiedet. Der zweite Durchgang des nicht zustimmungspflichtigen Gesetzes im Bundesrat ist für den 13. März 2020 vorgesehen. Mit dem Inkrafttreten nach Verkündung im Bundesgesetzblatt ist damit für Anfang April zu rechnen. Dass das Gesetz so, wie es nun ist, im Deutschen Bundestag beschlossen wurde, ist ein großer Erfolg für die Betriebskrankenkassen. Ich muss zugeben, dass ich eine Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA), wie wir sie nun erreicht haben, noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Für uns als Betriebskrankenkassen ist dies ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einem Risikoausgleich, der einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen ermöglicht.

Ich möchte und muss mich bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern ausdrücklich für Ihre Arbeit und Ihr Engagement bei der Reform des Morbi-RSA bedanken. Es ist uns gemeinsam gelungen, über die sog. Scherengrafik in der Politik das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Finanzmittel schon seit Jahren nicht mehr dort ankommen, wo sie zur Versorgung der Versicherten benötigt werden. Wir konnten plastisch darstellen, dass durch Verwerfungen in der Ausgestaltung des Morbi-RSA insbesondere eine Kassenart mehr Geld erhalten hält, als sie benötigt – mit entsprechenden wettbewerbsverzerrenden Folgen im Hinblick auf die Finanzreserven und den zu erhebenden Zusatzbeitragssatz. Wir konnten der Politik und der interessierten Öffentlichkeit – auch gegen erhebliche Widerstände – vor Augen führen, welche Folgen es für die Versicherten hat, wenn der Morbi-RSA anfällig ist für eine wie auch immer gear-tete Beeinflussung der kodierten Morbidität. Das zunächst wenigen Experten vorbehaltenen

Thema der künftigen Ausgestaltung des Morbi-RSA ist durch uns zu einem zentralen Thema geworden, das letztlich von der Politik auch nicht mehr beiseitegeschoben werden konnte.

Es ist uns aber nicht nur gelungen, die Notwendigkeit einer Reform des Morbi-RSA zu verdeutlichen. Wir konnten auch das dazu erforderliche Gesetzgebungsverfahren von Beginn an stark mit Vorschlägen prägen, die uns als BKK System als Ganzes nutzen – ohne gleichzeitig innerhalb des Systems zu größeren Verwerfungen zu führen. Entscheidend hierfür war, davon bin ich fest überzeugt, unser gemeinsames Vorgehen und Ziehen an einem Strang. So sehe ich es als großen Erfolg an, dass unsere Forderung nach einer Abschaffung der Sondergruppen der Erwerbsminderungsrentner bzw. der zugehörigen Zuschläge am heutigen Tag durch den Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Aus Ihren Gesprächen wissen Sie sicherlich, dass die Durchsetzung dieses Vorschlags auf erhebliche Vorbehalte gestoßen ist. Viele, auch zentrale politische Akteure, sahen hierin eine drohende schlechtere Versorgung bzw. die Zielgenauigkeit des RSA gefährdet. Es hat uns viel Überzeugungsarbeit gekostet, diese Argumente zu widerlegen. Wir haben es geschafft! Das gilt auch für die (Wieder-)Einführung eines Risikopools in der von uns vorgeschlagenen Form. Er wird bei teuren Leistungsfällen, ich denke hier etwa an neue hochpreisige Arzneimitteltherapien, für eine Entlastung sorgen können. Auch bei den Maßnahmen zur Stärkung der Manipulationsresistenz haben wir mit der Einführung einer Manipulationsbremse, den Veränderungen bei der Prüfung nach §273 SGB V und der Einführung einer Vertragstransparenzstelle wichtige Verbesserungen erreichen können.

Mir ist bewusst und ich kann es auch sehr gut nachvollziehen, dass einige von Ihnen über die Rückschritte, die wir im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens in Kauf nehmen mussten, enttäuscht sind. Natürlich hätten wir uns Regelungen im Hinblick auf ein einheitliches Aufsichtshandeln gewünscht! Natürlich können wir nur schwer nachvollziehen, dass, etwa auf Druck von Ärzteverbänden und einzelnen Bundesländern, die Regelungen zum Verbot von „Geld gegen Diagnosen“ quasi auf den letzten Metern aus dem Gesetz gestrichen wurden. Und natürlich ist es für die betroffenen Kollegen unter Ihnen schwer nachzuvollziehen, warum, wiederum als Teil eines politischen Deals, die volle Wirkung des Regionalfaktors mit einer überaus komplexen und zu neuen Verwerfungen führenden Lösung zeitlich verschoben wurde. Letztlich ist es uns aber doch gelungen – und das war unser zentrales Ziel der letzten Wochen und Monate – das RSA-Reformpaket weitestgehend zusammen zu halten. Aus meinen persönlichen Erfahrungen im Umfeld der letzten, intensiv geführten Berichterstattungsgespräche kann ich Ihnen berichten, dass dies keinesfalls einfach oder gar bereits „in trockenen Tüchern“ war.

Es freut mich zudem sehr, dass wir uns im Vorfeld und auch während des Gesetzgebungsverfahrens in vielfältigen Aktivitäten in einer Einheit mit dem Verband der Ersatzkrankenkassen (VdEK) und der Interessenvertretung der Innungskrankenkassen (IKK e.V.) präsentieren

konnten. Eine themenbezogene Zusammenarbeit zwischen den Verbänden hat so bisher noch nie gegeben. Ich mir sicher, dass das Ziehen an einem Strang auch auf dieser Ebene zu unserem Erfolg beigetragen hat.

Nicht zuletzt drohten auch mit dem GKV-FKG Einschnitte in die soziale Selbstverwaltung im Hinblick auf die ursprünglich geplanten Änderungen an den Strukturen des GKV-Spitzenverbandes. Auch hier ist es uns gemeinsam gelungen, Verbesserungen zu erzielen. Die Kompetenzen des neuen Lenkungs- und Koordinierungsausschuss (LKA) gegenüber dem Vorstand und dem Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes wurden mit den letzten Änderungsanträgen eingeschränkt, auf die ursprünglich vorgesehene Verkleinerung des Verwaltungsrates sogar gänzlich verzichtet.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Morbi-RSA dürfen wir nun allerdings nicht nachlassen! Nun kommt es auf die konkrete Ausgestaltung der beschlossenen Regelungen an. Denn auch aus der Ausgestaltung können uns als System noch Vor-, aber auch Nachteile entstehen. In der Politik wird man interessiert verfolgen, ob sich die gewünschten Wirkungen des Reformpaketes einstellen. Für die Wirkungen der Einführung eines Regionalfaktors und der Manipulationsbremse ist bereits gesetzlich eine Evaluation für das Jahr 2023 vorgesehen. Auch dies eine langjährige Forderung des BKK Dachverbandes. Schlussendlich stehen auch noch die Gutachten zum Krankengeld und den Auslandsversicherten kurz vor der Veröffentlichung.

Sie sehen: Die Arbeit wird uns bei diesem für unser System so wichtigen Thema auch in Zukunft nicht ausgehen. Heute darf aber zunächst die Freude über das bislang gemeinsam Erreichte überwiegen!

Ihnen und Ihren Mitarbeitern nochmals meinen herzlichsten Dank,

mit freundlichen Grüßen



Franz Knieps
Vorstand